

Bundsgemeinschaft Gegliedertes Schulwesen e.V. BGSW

Presseerklärung

08.11.2007

Täuschung der Öffentlichkeit - Die Gemeinschaftsschule der SPD

Mit großer Besorgnis beobachtet die Bundsgemeinschaft Gegliedertes Schulwesen (BGSW), wie die SPD in etlichen Bundesländern versucht, das gegliederte Schulwesen abzuschaffen und die Einheitsschule, die sie jetzt Gemeinschaftsschule nennt, flächendeckend für alle Schülerinnen und Schüler durchzusetzen. Laut Bundesparteitagsbeschluss von Hamburg soll das nun für ganz Deutschland gelten.

Anfang November haben sich der Vorstand und die Delegierten der Bundsgemeinschaft Gegliedertes Schulwesen in Hannover getroffen, um die Entwicklung der Schulpolitik in den einzelnen Bundesländern zu diskutieren. Die Bundsgemeinschaft Gegliedertes Schulwesen ist eine Vereinigung, der der Deutsche Philologenverband, der Verband Deutscher Realschullehrer, der Deutsche Elternverein, mehrere Regionalverbände sowie Einzelpersonen bundesweit angehören.

Es ist unglaublich, so die Vorsitzende der BGSW, Regine Eckel, wie die SPD bei der Durchsetzung ihrer Schulpolitik mit der Wahrheit, bzw. mit der Gutgläubigkeit der Eltern umgeht.

Den Eltern wird suggeriert, dass mit der flächendeckenden Gemeinschaftsschule alle Probleme ihrer Kinder gelöst seien, und dass das allgemeine Bildungsniveau gehoben werde. Dabei handelt es sich lediglich um eine Umetikettierung der alten deutschen Gesamtschule, die jahrzehntelang in allen einschlägigen Studien (z.B. TIMMS, LAU, PISA 2000, TOEFL, PISA 2003) schlecht abgeschnitten hat, während die Leistungen der Schüler in Bayern, die das dort dezidiert gegliederte Schulsystem besuchen, nahe an der internationalen Spitzengruppe lagen.

Mit dieser sog. Gemeinschaftsschule, alias Gesamtschule, als Zwangs-Einheitsschule wird zudem der Elternwille völlig abgeschafft. Es gibt keine Wahl der Schulform mehr, denn alle anderen Schulen, z.B. auch das Gymnasium wird es letztlich nicht mehr geben. Die Schullaufbahn des Kindes wird allein durch schulinterne Entscheidungen bestimmt.

Ein solches rein ideologisch motiviertes Vorgehen ist unverantwortlich gegenüber Kindern, Eltern und Lehrern und damit letztlich gegenüber der gesamten Gesellschaft“, so Regine Eckel. „Die Gemeinschaftsschule verhindert genau das, was sie für die Zukunft verspricht. Sie wird zwangsläufig das allgemeine Leistungsniveau senken und setzt damit die Lebenschancen der Kinder aufs Spiel. Sie vernichtet die Erfolge der Reformbemühungen, gerade auch für die Hauptschule, die in einigen Bundesländern inzwischen zu verzeichnen sind.“

Die Versammlung appellierte an die Politiker der CDU und auch besonders an die Vertreter der Wirtschaft: „Schauen Sie genauer hinter die Kulissen der SPD-Gemeinschaftsschule und lassen Sie sich nicht noch weiter auf diesem Irrweg mitreißen.“

Regine Eckel

BGSW Zur Akelei 1, 37077 Göttingen, Tel. 0551/21290, Fax 0551/21280, Mail Regine.Eckel@web.de